Der Oberbürgermeister

Amt: Rechtsamt

AZ: 31 28

Beschlusskontrolle:

Beschlussvorlage- Nr. 819/18 öffentlich

Betreff: Absichtserklärung über die Bündelung der der Stadt Bernburg (Saale) zuzuordnenden Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in einer Bündelungsgesellschaft

		Abstimmungsergebnis:			Änderung des Beschlussvorschlages
		Ja	Nein	Enth.	
Vorberatung Hauptausschuss	16.08.2018	☐	☐	☐	☐
Entscheidung Stadtrat	23.08.2018	☐	☐	☐	☐

Finanzielle Auswirkungen Die für die im Betreff genannte Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel

- Ja in Höhe von _____EUR stehen im Haushaltsplan 2018
- im Produkt ... auf dem Konto ... zur Verfügung
- Nein nicht zur Verfügung

Auszüge vorbehaltlich der Genehmigung sind zuzuleiten:

Amt: Rechtsamt

(ansonsten Protokolle im Intranet)

Aufgestellt: Dr. Elstermann **Amt:** Rechtsamt

mitgezeichnet: Frau Ost

- Oberbürgermeister -

Kurze Inhaltsangabe (bitte für Bürger/Gäste Inhalt kurz zusammenfassen):

Mit Bescheid vom 26.01.2016 wurden an 66 Berechtigte, darunter auch die Stadt Bernburg (Saale), Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) zugeordnet. Da sich die Beteiligung bei der Mehrzahl der berechtigten Städte und Gemeinden auf unter 1 % beläuft, sollen diese Kleinstanteile gebündelt werden, um die Handlungsfähigkeit der FEO für die Zukunft nicht zu gefährden und eine effiziente und straffe Gesellschaftsstruktur der FEO zu schaffen.

Begründung:

1. Anspruch der Stadt auf die Zuordnung in Höhe von 2.657,4 T€ (Anteil von 2,0790 %) an dem Gesellschaftsvermögen der FEO

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat bereits 2006 festgestellt, dass die Kommunen, die vom einstigen volkseigenen Betrieb (VEB) Fernwasser 1990 Wasser bezogen haben, einen Anspruch auf kostenlose Übertragung sämtlicher Geschäftsanteile am Nachfolger - der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) - zusteht. Der einstige VEB wurde 1994 von der Treuhand verkauft. 51 % der Eigentumsanteile wurden damals an die Bietergemeinschaft der Mitteldeutschen Wasserwirtschaft GmbH (Midewa) Magdeburg und Kommunale Wasserwerke Leipzig verkauft. Die restlichen 49 % wurden je zur Hälfte unentgeltlich an die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt treuhänderisch für die vom einstigen VEB wasserbeziehenden Kommunen verwaltet. Die Länder übertrugen ihre Anteile an die Stadt Leipzig und die Fernwasser Beteiligungsgesellschaft bR. Dagegen klagte die Stadt Halle und bekam Recht. Für das Verwaltungsgericht war die Aufteilung nicht rechtmäßig, da der Beteiligungsmaßstab sich auf die entsprechenden ehemaligen volkseigenen Anteile der Kommunen richten muss, also auf den Anteil am Fernwasserbezug der Kommunen am 03.10.1990.

Mit Bescheid vom 26.01.2016 wurden den beteiligten Kommunen Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue Ostharz GmbH übertragen. Bei Bestandskraft des Bescheides wären die Kommunen direkt Gesellschafter der FEO GmbH geworden.

Gegen den Bescheid vom 26.01.2016 erhoben die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH (sog. „große GbR“) als Gesellschafter der FEO Klage. Das Urteil des VG Berlin vom 26.01.2017 hebt den Bescheid auf und stellt fest, dass die direkte Übertragung der Geschäftsanteile rechtswidrig und gesellschaftsrechtlich nicht durchführbar ist. Die Zuordnung der Anteile sei korrekt, jedoch müssten zur tatsächlichen Übertragung auf die Kommunen noch einige Bedingungen erfüllt werden.

Im aktuellen Verfahren wird am 12.12.2018 ein Urteil des BVerwG erwartet.

Die aktuelle Zuordnung erfolgt zz. an 66 Berechtigte. Mit Ausnahme der Anteile der Städte Leipzig (Anteil: 24,7 %), Halle (Anteil: 24,6 %), Bitterfeld-Wolfen (Anteil: 6,3 %) sowie der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Anteil: 8,4 %) haben der Großteil von den Anteilseignern kleine Beteiligungsquoten (unter 5 %). Bei 50 der 66 Berechtigten liegen diese sogar unter 1 %. Insgesamt entfallen aber auf diese sachsen-anhaltischen Anteilseigner 30,5 % der Anteile an der FEO.

Die Beteiligungsquote der Stadt Bernburg (Saale) beträgt 2,0790 % (2.657,4 T€).

2. Notwendigkeit der Bündelung der Anteile

In einer Informationsveranstaltung der FEO und des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA) am 23.05.2018 wurden die Anteilsberechtigten über die Hintergründe, die

rechtliche Auseinandersetzung und den gegenwärtigen Stand des Verfahrens informiert. Außerdem wurde das Unternehmerportfolio der FEO mit den wirtschaftlichen Eckdaten vorgestellt.

Den wesentlichen Schwerpunkt bildete dabei die Frage der Bündelung der Anteile der Anspruchsberechtigten. Eine angemessene Einflussnahme und eine sinnvolle Steuerung lassen sich nur durch Bündelung der Anteile erreichen. Durch die Bündelung der Anteile können langwierige Entscheidungsprozesse und hoher Verwaltungsaufwand vermieden werden.

2.1 Zeitpunkt der Bündelung

Soweit grundsätzlich die Bereitschaft zur Bündelung besteht, wurde durch den SGSA die Anteilsbündelung vor einer abschließenden Zuordnung an die anspruchsberechtigten Städte und Gemeinden empfohlen, und damit vor Urteilsverkündung am 12.12.2018.

Eine Bündelung der Anteile nach Zuordnung an die anspruchsberechtigten Städte und Gemeinden hätte steuerlich nachteilige Auswirkungen für die Stadt und ließe sich durch eine Anteilsbündelung im Vorfeld der Übertragung vermeiden. Außerdem können weitere Kosten (z. B. für Urteilsbeurkundung der Anteilsübertragung bei teilweise hohen Gegenstandswerten) vermieden werden.

Darüber hinaus wäre die Handlungsfähigkeit der FEO bei einer sehr kleinteiligen zukünftigen Gesellschaftsstruktur gefährdet. Durch Bündelung der Anteile wird eine Straffung der Gesellschaftsstruktur der FEO erreicht, was auch im Interesse der versorgten Kommunen liegt.

2.2 Mögliche Rechtsformen einer Bündelung

Bei der Wahl der Rechtsform für eine Bündelungsgesellschaft ist zu beachten, dass das Unternehmensziel der FEO nicht die Gewinnerzielung bzw. –optimierung und damit die Erwirtschaftung von Ausschüttungen an die Anteilseigner ist. Ziel der FEO ist die Sicherung der Versorgung mit hochwertigem Trinkwasser bei stabiler Preisstruktur. Damit geht es bei der Bündelung auch darum, wie dieses Ziel am besten erreicht werden kann.

- Zweckverband

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> - Geläufige Art interkommunaler Zusammenarbeit - Kaum Probleme bei der aufsichtsbehördlicher Genehmigung - keine Gewinnorientierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Da unter den Anspruchsberechtigten selbst Zweckverbände vertreten sind, ist ein Zweckverband als Mitglied im Zweckverband rechtlich ausgeschlossen. - Kompliziertes und langes Austrittsverfahren - keine Haftungsbeschränkung

- Anstalt des öffentlichen Rechts

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> - Relativ einfacher Bei- und Austritt - Zweckverband als Mitglied möglich - Kein Genehmigungserfordernis, nur Satzung vorlagepflichtig 	<ul style="list-style-type: none"> - Es haftet nicht nur der Zweckverband, sondern auch die Gewährträgerhaftung der Mitgliedkommunen des Zweckverbandes - Keine Haftungsbeschränkung

- GmbH

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> - Ein- und Austritt frei gestaltbar - Zweckverband als Mitglied möglich - Haftungsbeschränkung 	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunalaufsichtliche Genehmigung erforderlich - Beurkundungspflicht bei Änderung in der

	Gesellschaftsstruktur oder im Gesellschaftsvertrag (Kosten) - Eintragung im Handelsregister erforderlich
--	---

- GmbH als Treuhänder

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> - Ein- und Austritt frei gestaltbar - Zweckverband als Mitglied möglich - Haftungsbeschränkung - GmbH tritt nur als Treuhänder auf 	<ul style="list-style-type: none"> - Hoher Aufwand für komplexe Ausgestaltung von Gesellschafts- und Treuhänderverträge - eine spätere Übertragung der erworbenen Anteile löst eine Steuerpflicht aus und verursacht hohe Beurkundungskosten

Eine Übertragung und Bündelung der Anteile in der KOWISA GmbH mit der lt. Gesellschaftsvertrag praktizierten Punktevergabe ist kaum realisierbar, da FEO keine Gewinnerzielung anstrebt. Außerdem müsse bei der KOWISA die Frage der wirtschaftlich optimalen Gestaltung geklärt werden.

Aus den oben vorgetragenen Vor- und Nachteile der einzelnen Rechtsformen erscheint am zweckmäßigsten die Bündelung der Anteile in einer Bündelungsgesellschaft in der Form einer GmbH. Soweit keine Einigung vor Zuordnung der Anteile unter den Anspruchsberechtigten erzielt werden kann, empfiehlt der SGSA zumindest eine treuhänderische Bündelung der Anteile vorzunehmen.

Mit dem Beschluss erklärt der Stadtrat vorerst nur das grundsätzliche Einverständnis zur Bündelung der Anteile.

Die nähere Ausgestaltung, insbesondere die finale Entscheidung über die Rechtsform einer Bündelungsgesellschaft wird einem späteren Beschluss vorbehalten.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Bernburg (Saale) stimmt der Bündelung der zugeordneten Gesellschaftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu.
2. Als Rechtsform einer zukünftigen Bündelungsgesellschaft wird die Rechtsform der GmbH bevorzugt.
3. Sollte unter den Anspruchsberechtigten keine Einigung vor Zuordnung der Anteile erzielt werden, wird der Bündelung der Anteile in der Rechtsform einer GmbH als Treuhänder zugestimmt.
4. Die nähere Ausgestaltung, insbesondere die finale Entscheidung über die Rechtsform einer Bündelungsgesellschaft ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.